

**Zeitschrift:** Zenit  
**Herausgeber:** Pro Senectute Kanton Luzern  
**Band:** - (2009)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Sein Schicksal selber in die Hand nehmen  
**Autor:** Manser, Urs  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-820946>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 04.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Sein Schicksal selber in die Hand nehmen

Was kann bei einer möglichen Altersdemenz in rechtlicher Hinsicht vorgekehrt werden?  
Welche Neuerungen bringt das revidierte Vormundschaftsrecht?

VON URS MANSER, RECHTSANWALT UND NOTAR

Aufgrund der sich ständig verbessernden Methoden der modernen Medizin steigt die allgemeine Lebenserwartung der Bevölkerung stetig an. Damit vergrössert sich auch der Anteil altersdementer Personen, die sich nicht mehr selbstständig um ihre persönlichen und finanziellen Belange kümmern können. Das geltende Vormundschaftsrecht aus dem Jahre 1912 vermag diesen veränderten Gegebenheiten nicht mehr angemessen Rechnung zu tragen.

Aus diesem Grund wurde in den letzten Jahren ein neues Erwachsenenschutzrecht ausgearbeitet. Die Bundesversammlung hat das neue Erwachsenenschutzrecht anlässlich ihrer Sitzung vom 19. Dezember 2008 beschlossen. Nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist am 16. April 2009 wird das neue Recht voraussichtlich am 1. Januar 2013 in Kraft treten. Das Erwachsenenschutzrecht, wie das Vormundschaftsrecht neu heissen wird, will dem Bedürfnis Rechnung tragen, dass die Angehörigen urteilsunfähiger Personen ohne grosse Umstände für diese gewisse Entscheide treffen können. Damit soll die Solidarität in der Familie gestärkt und vermieden werden, dass die Behörden systematisch Beistandschaften anordnen müssen.

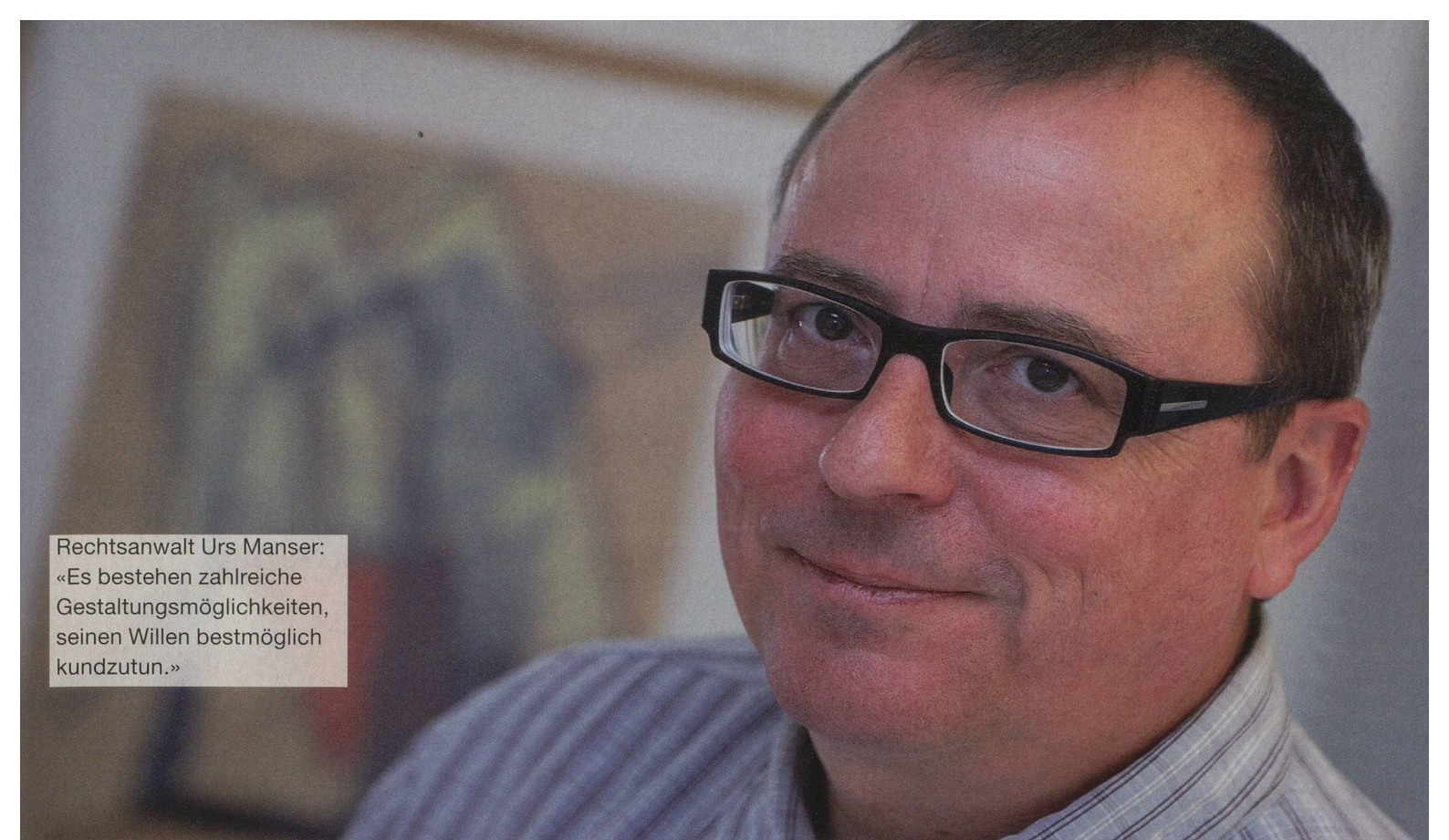
In praktischer Hinsicht sorgt das revidierte Erwachsenenschutzrecht für mehr Rechtssicherheit und stellt insbesondere mit dem Vorsorgeauftrag und der Patientenverfügung neue Möglichkeiten bereit, frühzeitig rechtliche Vorkehrungen bei einer möglichen späteren Demenz zu treffen.

Durch den Vorsorgeauftrag kann die betroffene Person, solange sie noch urteilsfähig ist, eine Drittperson damit beauftragen, im Fall ihrer Urteilsunfähigkeit die Sorge um ihre persönlichen oder finanziellen Belange zu übernehmen. Dabei müssen die Aufgaben der beauftragten Person klar umschrieben werden und es sind spezielle Formvorschriften zu beachten. Ähnlich wie bei letztwilligen Verfügungen muss auch der Vorsorgeauftrag entweder eigenhändig errichtet oder von einem Notar öffentlich beurkundet werden.

Durch die Errichtung eines Vorsorgeauftrags kann die betroffene Person rechtsgültig darüber verfügen, wer ihr Vermögen auf welche Weise zu verwalten hat, wenn sie selber dazu nicht mehr imstande sein sollte. Durch Weisungen und Vorgaben an die beauftragte Person bestehen deshalb zahlreiche Gestaltungsmöglichkeiten, um zu einem frühen Zeitpunkt sein künftiges Schicksal mitzubestimmen und seinen Willen bestmöglich kundzutun.

## Sein Schicksal frühzeitig bestimmen

Neu wird auch die sogenannte Patientenverfügung im Gesetz verankert. Damit kann eine Person im Voraus festlegen, welchen medizinischen Massnahmen sie im Fall ihrer Urteilsunfähigkeit zustimmt oder eben nicht. Hier geht es vor allem um den Wunsch zahlreicher Menschen, dass ab einem gewissen Krankheitsgrad auf weitere lebenserhaltende Massnahmen verzichtet wird. Zudem besteht die Möglichkeit, eine Person zu bezeichnen, die im Fall der Urteilsunfähigkeit mit den behan-

A close-up portrait of a middle-aged man with short dark hair, wearing black-rimmed glasses and a light-colored, vertically striped shirt. He is looking slightly to the left of the camera with a neutral expression. The background is blurred, showing what appears to be an office or library setting with bookshelves.

Rechtsanwalt Urs Manser:  
«Es bestehen zahlreiche  
Gestaltungsmöglichkeiten,  
seinen Willen bestmöglich  
kundzutun.»

delnden Ärzten die medizinischen Massnahmen besprechen und in ihrem Namen entscheiden soll. Eine Patientenverfügung muss schriftlich errichtet und von der verfügenden Person datiert und unterzeichnet werden.

Es stellt sich nun die Frage, was passiert, wenn eine Person urteilsunfähig wird, ohne einen Vorsorgeauftrag oder eine Patientenverfügung abgefasst zu haben. Für diesen Fall sieht das neue Gesetz ein «automatisches» Vertretungsrecht durch den Ehegatten, der im gemeinsamen Haushalt lebt oder regelmässig und persönlich Beistand leistet, vor. Bei medizinischen Massnahmen können je nach Situation auch die Nachkommen, Eltern oder Geschwister vertretungsberechtigt werden.

Die Errichtung eines Vorsorgeauftrags drängt sich umso mehr dann auf, wenn eine Person nicht verheiratet ist (d.h. ledig, geschieden oder verwitwet), die Verwaltung ihrer persönlichen und finanziellen Angelegenheiten für den Fall ihrer Urteilsunfähigkeit aber nicht einfach den Behörden überlassen will. Aufgrund der Formvorschriften, der zahlreichen Gestaltungsmöglichkeiten sowie im Interesse der Beweissicherung kann es angezeigt sein, sich von einem Notar juristisch beraten zu lassen und den Vorsorgeauftrag öffentlich zu beurkunden.

Abschliessend stellt sich die Frage, ob denn bereits heute, vor dem Inkrafttreten des neuen Rechts, ein Vorsorgeauftrag erteilt werden kann und ob eine Patientenverfügung bereits heute Beachtung finden muss. In grundsätzlicher Hinsicht gilt für den Erwachsenenschutz das

neue Recht erst ab Inkrafttreten (voraussichtlich am 1. Januar 2013).

#### **Der Vorsorgeauftrag als juristisches Neuland**

Die Patientenverfügung findet in einigen Kantonen bereits Beachtung. So sieht etwa das Patientenreglement des Luzerner Kantonsspitals vor, dass mündliche oder schriftliche Verfügungen betreffend Behandlung und Betreuung, die ein urteilsfähiger Patient im Voraus trifft, für die Ärzte grundsätzlich verbindlich sind. Selbstverständlich empfiehlt es sich auch hier, solche Anordnungen schriftlich zu verfassen.

Der Vorsorgeauftrag ist im Gegensatz zur Patientenverfügung juristisches Neuland. In einem im Jahr 2005 ergangenen Urteil hat das Bundesgericht jedoch zu Recht festgehalten, dass es durchaus im Interesse eines Vollmachtgebers liege, dass eine erteilte Vollmacht mit dem Verlust der Urteilsfähigkeit nicht ohne Weiteres erlösche. Dies muss umso mehr dann gelten, wenn ein Vollmacht- oder Auftraggeber explizit Anweisungen für den Fall seiner Urteilsunfähigkeit trifft.

Aufgrund dieser Rechtsprechung, unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechts und im Hinblick auf die baldige Gesetzesänderung muss m. E. auch ein vor Inkrafttreten des neuen Rechts abgefasster Vorsorgeauftrag beachtet werden. Aus diesen Gründen scheint es vor allem dann ratsam, einen Vorsorgeauftrag bereits heute zu erteilen, wenn die betreffende Person dies bei Inkrafttreten des neuen Rechts voraussichtlich nicht mehr kann.